Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

142 (21.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dupp, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 142 — Dienstag, den 21. Juni 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat im Verfassungsstreit der Deutschnationalen Fraktion gegen das Land Preußen die preußische Sparnotverordnung vom 12. September im ganzen für gültig, jedoch gewisse beamtenrechtliche Vorschriften für verfassungswidrig erklärt.

*

Die Parteien des saarländischen Landesrates wenden sich in einer gemeinsamen Erklärung gegen die französischen Bestrebungen, die Rückgliederung des Saargebietes durch Verquickung mit der Reparationsfrage zu erschweren.

*

Die polnische Regierung macht hinsichtlich des bevorstehenden Besuches deutscher Kriegsschiffe in Danzig formalistische Schwierigkeiten.

*

In Lausanne wurde die für Dienstag anberaumte Vollsitzung vertagt. Die Konferenz stockt.

*

Vertreter der holländischen, belgischen und luxemburgischen Regierung haben eine Wirtschaftskonvention paraphiert.

*

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände wenden sich in einer Erklärung gegen die letzte Notverordnung. Die darin enthaltenen neuen Belastungen hätten die schlimmsten Befürchtungen weit übertroffen. Die Bemerkung der Regierung, die von den sozialen Einrichtungen als von einer „sozialen Wohlfahrtsanstalt" sprach, wird als eine Herausforderung bezeichnet und mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

*

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß ist zu den Schlußverhandlungen über die Anleihe nach Lausanne gereist.

*

Der polnische Außenminister Zaleski hatte eine Unterredung mit dem Generalsekretär des Völkerbundes, die wahrscheinlich dem geplanten deutschen Flottenbesuch und dem unerlaubten Anlegen des polnischen Zerstörers „Wicher" im Danziger Hafen galt.

*

Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten wird im Juni auf 11 Millionen geschätzt.

*

In Skagen trafen zwei Deutsche in einem Faltboot aus Hamburg ein, die mit ihrem Kajak bis zum Nordkap fahren wollen.

Wendepunkt der Abrüstungskonferenz

Allerlei Rettungsversuche

Die in Genf eingeleiteten Besprechungen zwischen den Führern der amerikanischen und der englischen Vertretung auf der Abrüstungskonferenz sind durch Zuziehung der Franzosen erweitert und am Sonntag fortgesetzt worden. Ueber ihren Inhalt verlautet, daß die Verhandelnden sich entschlossen hätten, zunächst einmal unter sich zu einer Einigung über gewisse Fragen zu kommen. Von französischer Seite hört man die Auffassung, daß man sich unter Umständen auch mit Teillösungen begnügen müsse. Gewisse Teilfragen auf dem Gebiete der Abrüstung und der Herabsetzung der Heeresausgaben scheinen bei dem Plan eine Rolle zu spielen. Von den Beteiligten werden die Besprechungen ausdrücklich als vertraulich bezeichnet.

Gerüchtweise verlautet, daß bei den Besprechungen ein englischer Plan eine Rolle spielt, wonach eine Abrüstungspause für gewisse schwere Angriffswaffen, die im Versailler Vertrag bezeichnet seien, vereinbart werden soll. Weiter hört man, daß der französische Kriegsminister Paul-Boncour sich für eine allgemeine Herabsetzung der Heeresausgaben eingesetzt habe. Es heißt, daß die Amerikaner eine Rüstungspause als ungenügend betrachten, wenn nicht auf dem Gebiete der Heeresstärken gleichzeitig etwas getan werde. Gibson soll aus Washington die Anweisung erhalten haben, unter allen Umständen bis zum Beginn der Werbung für die Präsidentenwahl in der Abrüstung einen sachlichen Erfolg zu erzielen.

Die Genfer Abrüstungskonferenz ist, wie auch die französische Presse zugibt, an dem entscheidenden Wendepunkt angelangt, an dem ihr Schicksal entschieden wird. Der neue und sehr heftige **Vorstoß Amerikas gegen die Aufrechterhaltung der bisherigen Heersstärke** hat beträchtliches Unbehagen in Paris hervorgerufen, wo man ausrechnet, daß bei Annahme der amerikanischen Vorschläge das stehende französische Heer sich um 100 000 Mann verringern würde. Die französische Diplomatie ist sich darüber klar, daß ohne Entgegenkommen an Amerika die Aussichten auf Schuldenstreichung hoffnungslos sind, und daß etwas getan werden muß, um Amerika zu befriedigen. Die nächsten Tage werden also sehr lebhafte Verhandlungen bringen. Die Besprechungen haben vorläufig nur das eine Ergebnis, daß die englischen, französischen und amerikanischen Vertreter sich nicht über einen Plan einigen konnten und nur einen Programm-Vorschlag zur Beratung der wichtigsten Fragen den anderen Mächten vorlegen werden. Man ist der Ansicht, **daß eine allgemeine Einigung über Abschaffung von weittragenden Geschützen, Großkampf-Flugzeugen, Tanks und Giftgasen möglich,** und daß auch eine Verständigung über die Beschränkung der Heeresausgaben nicht ausgeschlossen ist. Schwierigkeiten werden von Italien, Deutschland und Rußland erwartet. Was Deutschland betrifft, so haben angeblich neue Besprechungen des französischen Senators und Genfer Vertreters de Jouvenel mit einigen Vertreter Deutschlands manche deutsche Befürchtungen beseitigen können. Wenn mit Rußland keine Verständigung erzielt werden könnte, so würde man das nicht so tragisch nehmen und darüber zur Tagesordnung übergehen. Die Hauptschwierigkeit wird in der Haltung Italiens erblickt, das bekanntlich die gleiche Flottenstärke wie Frankreich fordert. Macdonalds Aufgabe wird es wahrscheinlich sein, den Vermittler zu spielen.

Die **Lage in Lausanne** wird in den nächsten Tagen im Zeichen der **französischen Forderungen** stehen, die die endgültige Schuldenstreichung von einer Schuldenverbindlichkeit Deutschland abhängig machen wollen, unter der sich Herriot immer deutlicher **eine Hypothek auf die Reichseisenbahnen** vorstellt. Die von ihnen auszugebenden Schuldverschreibungen sollen dann Amerika zur Abdeckung der Schulden der Entschädigungs-Gläubiger Deutschlands übergeben werden. Das ist ein alter Gedanke Frankreichs, der schon vor längerer Zeit erörtert wurde und nun wieder hervorgeholt wird. Er stößt jedoch nicht nur hart mit der deutschen Auffassung, sondern auch mit der englischen und der italienischen zusammen. In englischen Kreisen gibt man aber die Hoffnung nicht auf, Frankreich schließlich doch zu bekehren, weil der entscheidende Beweisgrund der sein wird, daß ohne Einigung aller europäischen Staaten an kein Entgegenkommen Amerikas zu denken ist.

*

Vertagung der Vollsitzung in Lausanne

Lausanne, 20. Juni. Nach Schluß der Montag-Nachmittagssitzung, die nur wenige Minuten dauerte, und an der alle Hauptdelegierten teilnahmen, wurde folgendes Kommunique ausgegeben: Die Chefs der Delegationen und andere Delegierte der einladenden Mächte versammelten sich im Hotel du Chateau. Der Präsident der Konferenz benachrichtigte seine Kollegen, daß **Besprechungen im Gange seien und fortgeführt würden zwischen den Delegationen über die Hauptprobleme der Konferenz.** Um Zeit für die Entwicklung dieser Gespräche zu gewinnen, wurde entschieden, die Vollsitzung, die für Dienstag, den 21. Juni, um 10 Uhr vorgesehen war, zu vertagen.

Anschließend an die Sitzung fanden sich **die deutschen, französischen und englischen Hauptdelegierten zu einer zwanglosen Besprechung im Garten des Hotel Beau-Rivage zusammen.** Die Auslegung des Beschlusses, die anberaumte Konferenz zu vertagen, ist in hiesigen Konferenzkreisen verschieden. Im allgemeinen wird angenommen, daß man bei den Besprechungen, wenn man auch nur leise Möglichkeiten zur Schaffung praktischer Pläne sich abzeichnen sah, diese erst etwa konkretisieren will.

*

Der französische Widerstand in Lausanne

Paris, 20. Juni. Der Lausanner Berichterstatter des Temps meldet, daß die Besprechung, die die englischen und französischen Minister gehabt haben, sich u. a. auf die Anwendung der Fünfmächteerklärung bezogen haben, während deren Folgen und praktische Tragweite jetzt zu prüfen seien. Dem Lausanner Berichterstatter des Journal des Debats zufolge steht dabei im Vordergrunde der Erörterungen ein Vorschlag des französischen Finanzministers Germain-Martin, dem die **Aufrechterhaltung der ungeschützten Reparationszahlungen** zugrunde liegt.

*

Neue Zollunio..

Lausanne, 20 .Juni. Die Vertreter der **holländischen, belgischen und luxemburgischen Regierung** haben nach Beratung der interessierten Mächte eine Konvention paraphiert, die die gegenseitige und progressive Herabsetzung der Wirtschaftsschranken vorsieht. Sie soll unverzüglich ihren Regierungen für die endgültige Annahme unterbreitet werden.

*

Unterredung mit dem Reichskanzler

Paris, 20. Juni. Der Sonderkorrespondent des „Petit Parisien" berichtet über den Inhalt einer Unterredung, die er in Lausanne mit Reichskanzler von Papen hatte. Er schreibt, **Reichskanzler von Papen habe zu verstehen gegeben, daß das deutsche Volk durch die zahlreichen internationalen Konferenzen sehr enttäuscht worden sei, weil bei diesen schließlich nichts herausgekommen sei. Nach der Auffassung des Reichskanzlers sei es diesmal das letzte Mal, daß die deutsche Oeffentlichkeit den Reichskanzler zu einer Konferenz fahren ließ.** von Papen halte eine akive und aufrichtige wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit für notwendig. Währungsabmachungen müßten getroffen werden, um zu vermeiden, daß Kapitalien unbenutzt blieben und die Geschäftstätigkeit darniederliege. Der Reichskanzler sei überzeugt, daß, wenn die Lausanner Konferenz u. a. zu einer neuen deutsch-französischen Annäherung auf verschiedenen Gebieten führen würde, diese Tatsache einen ungeheuren Eindruck in Deutschland machen würde.

Zerspaltung der Lage in Genf

Die Franzosen verlassen vorzeitig die Dreimächtebesprechung.

T.U. **Lausanne,** 20. Juni. Die Dreimächtebesprechung im Hotel Beau Rivage dauerte über zwei Stunden. Die Unterredungen sind für streng vertraulich erklärt worden. Vereinbarungsgemäß wurde der Presse nichts mitgeteilt. Zunächst wurde in Anwesenheit von Herriot und dem französischen Finanzminister verhandelt. Diese kehrten jedoch nach einiger Zeit in ihr Hotel zurück, sodaß die weiteren Besprechungen allein zwischen den deutschen und englischen Ministern stattfanden.

Unmittelbar nach der Sitzung fand im Hotel Savoy eine Sitzung der deutschen Abordnung statt, in der der Reichskanzler und der Reichsaußenminister die übrigen Herren der deutschen Abordnung über ihre bisherigen Besprechungen unterrichteten.

Aus den privaten Besprechungen am Montag ergibt sich, daß die Lage sich nicht geändert hat. Die Franzosen beharren auf ihrer bisherigen Stellungnahme und fordern im Falle einer Streichung der Tributzahlungen eine deutsche Abschlußzahlung durch Verpfändung von Eisenbahnobligationen. Auch in der Abrüstungsfrage hält die französische Regierung an ihrer Forderung der lediglich haushaltsmäßigen Lösung fest. Die Lage hat sich damit im allgemeinen weiter versteift, ohne daß Lösungsmöglichkeiten sich am Montag abend abzeichnen. Jedoch steht die Stellungnahme der französischen Regierung zur Tribut- und Abrüstungsfrage ausschließlich im Vordergrund der Verhandlungen. Englischerseits versucht man, einen praktischen Ausweg aus der gegenwärtig noch völlig festgefahrenen Lage zu finden. Eine Sitzung der Konferenz soll erst stattfinden, falls sich Möglichkeiten einer Einigung abzeichnen. Parallel zu den Lausanner Besprechungen finden in Genf Abrüstungsbesprechungen statt, über die die beteiligten Regierungen fortlaufend unterrichtet werden.

*

Herriot will mit den Deutschen erst nach englisch-französischer Einigung verhandeln

T.U. **Lausanne,** 20. Juni. Ministerpräsident Herriot erklärte Montag abend der französischen Presse, daß vorläufig eine Uebereinstimmung zwischen der deutschen und französischen Auffassung nicht bestände. Französischerseits fänden jetzt in erster Linie verhandlungen mit der englischen Regierung statt, da der englische Ministerpräsident teilweise die deutsche Auffassung unterstütze und die französische Regierung die englische von der Richtigkeit der französischen Auffassung überzeugen wolle. Sobald eine Uebereinstimmung zwischen England und Frankreich hergestellt sei, würden die Beratungen von französischer Seite mit der deutschen Regierung beginnen. Er, Herriot, wolle in den nächsten Tagen eine Unterredung mit dem Reichskanzler haben. Die englische Regierung trete für eine völlige Streichung der Reparationen ein, der sich jedoch die französische Regierung widersetzte, da sie auf Grund der internationalen Schuldenregelung einen Anspruch auf einen Ueberschuß von Zahlungen von 359 Millionen Goldmark habe, während England nur 66, Italien 35, Belgien 68 Millionen Goldmark beanspruchen könnten. Hieraus ergebe sich eindeutig, daß Frankreich an der endgültigen Schuldenregelung bei weitem am meisten interessiert sei.

Bei einem anschließenden kurzen Empfang der internationalen Presse beschränkte sich Herriot auf die Erklärung, es bestände der Eindruck einer gewissen Entspannung in Europa. Herriot betonte dann nur, daß weitergearbeitet würde. Ueber das belgisch-holländisch-luxemburgische Zollabkommen erklärte sich Herriot nicht unterrichtet.

*

Die heutigen privaten Besprechungen in Lausanne völlig ergebnislos

T.U. **Lausanne,** 20. Juni. Nach Mitteilung von unterrichteter Seite sind in den privaten Besprechungen am Montag die Gegensätze in der Tributfrage in aller Schärfe zutage getreten. Die Verhandlungen sind völlig ergebnislos gewesen. Herriot hat Macdonald mitgeteilt, daß Frankreich auf einer Beibehaltung der Reparationen bestehen müsse, wenn es auch eine wesentliche Herabsetzung und Hinausschiebung der Reparationszahlungen ohne jede neue förmliche Anerkennung zuzugestehen bereit sei. Die englische Regierung vertritt dagegen den Standpunkt der unbedingten Notwendigkeit einer vollständigen Streichung der Reparationen als Voraussetzung für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und als ersten Schritt für die Gesamtlösung der internationalen Schuldenfrage. Es besteht somit jetzt auf der Tributkonferenz auf der einen Seite die völlig übereinstimmende Haltung Englands, Italiens und Deutschlands, die sofortige und vollständige Streichung fordert, während Frankreich am Tributsystem festhält.

Die heutigen amtlichen französischen Mitteilungen über den französischen Standpunkt in der Tributfrage werden von deutscher Seite auf das nachdrücklichste abgelehnt. Besonders wendet man sich deutscherseits grundsätzlich dagegen, die Tributfrage in der gegenwärtig außerordentlich ernsten Lage der Weltwirtschaft als eine reine finanzielle Frage zu behandeln, wie dies Herriot in seiner Erklärung vor der französischen Presse getan hat. Die deutsche Auffassung stützt sich auf die sich immer breiter festsetzende Ueberzeugung der gesamten Weltöffentlichkeit, daß ohne sofortige Streichung der Tribute an eine Wiederherstellung des von allen Seiten geforderten Vertrauens und Wiederbelebung der Wirtschaft nicht zu denken sei und die Tributfrage als eine internationale Frage jetzt endgültig gelöst werden müsse.

In den Unterredungen zwischen Macdonald und den deutschen Ministern am Montag sind von englischer Seite Mit-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

teilungen über die Abrüstungsbesprechungen in Genf am Sonntag gemacht worden, die danach zu keinem praktischen Ergebnis geführt haben. In den am Montag wieder aufgenommenen Besprechungen in Genf soll eine grundsätzliche Vereinbarung über das Verbot der chemischen und bakteriologischen Kriegswaffen getroffen und eine Einigung über das Verbot der Hauptangriffswaffen in Vorbereitung sein.

Im Laufe des Dienstag findet eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Ministerpräsidenten statt.

*

Macdonald für 15jährigen politischen Frieden

T.U. **Berlin**, 21. Juni. Der Hauptpunkt der Vorschläge, die Macdonald in der Unterredung am Montag vormittag dem französischen Ministerpräsidenten Herriot unterbreitete, soll nach einer Meldung Berliner Blätter aus Lausanne der Vorschlag gewesen sein, einen 15jährigen „politischen Frieden" abzuschließen, der ausschließlich auf Europa Anwendung finden solle.

Für Revision der Kriegsschulden

Neuyork, 20. Juni. Die Blätter befassen sich eingehend mit einer Erklärung des Präsidenten der Völkerbundsgesellschaft George Wickersham. In dieser Erklärung wird eine **ausgedehnte Werbekampagne angekündigt, um die bisherige Haltung des Kongresses zur Revision der Kriegsschuldenfrage zu ändern** und das gesamte amerikanische Volk davon zu überzeugen, daß es in seinem eigenen Interesse eine Erörterung des Kriegsschulden- und Reparationsproblems, sowie der Frage der Zollschranken verlangen müsse.

Des weiteren bringen die Blätter die endgültigen Ergebnisse über die bereits vor einigen Tagen erwähnte Umfrage bei über **4000 Bankpräsidenten.** Darnach tritt die Mehrheit der befragten Wirtschaftsführer für eine Einbeziehung des Schulden-, Reparations- und Zollproblems in den Aufgabenkreis einer Weltwirtschaftskonferenz ein.

Neuyork, 20. Juni. Neuyork Times schreibt: Sollte Europa schließlich mit einem Plan über die Schuldenbereinigung an die Vereinigten Staaten herantreten, dann werde **für Amerika die Gelegenheit gegeben sein, um zu zeigen, ob seine oftbetonte Bereitwilligkeit ebenso weitherzig sei, als Amerika es von den anderen Mächten erwarte. Hoffentlich setze sich bis dahin die wiederholt geäußerte Ansicht Mellons durch, daß Europa für die Vereinigten Staaten wichtiger sei, als alle seine Schulden bei dem Schatzamt.**

*

Hoover spricht mit Gibson

T.U. **Berlin**, 21. Juni. Präsident Hoover hatte nach einer Meldung Berliner Blätter aus Washington ein längeres Telephongespräch mit dem Botschafter Gibson in Genf, über dessen Inhalt Stillschweigen bewahrt wird. Es verlautet, daß im Weißen Haus der Ton der französischen Presse besonders in den letzten Tagen verstimmt habe, deren Angriffe als unverständlich bezeichnet werden, da die Regierung sowohl offiziell wie inoffiziell die Stellungnahme Amerikas zur Schulden- und Abrüstungsfrage oft und fast bis zum Ueberdruß klargelegt habe. Wenige Tage vor der Lausanner Konferenz habe Außenminister Stimson die fremden Diplomaten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Europa nicht einfach das ganze finanzielle Problem Amerika in den Schoß werfen könne. Man nehme an, daß Hoover betont habe, daß Europa auf keine Sympathie hoffen könne, solange es gewaltige Summen für Kriegsrüstungen ausgebe.

Die Finanzhilfe für Oesterreich

Genf, 20. Juni. Der Vorsitzende des gemischten Ausschusses des Völkerbundes, der einen Plan für eine Finanzhilfe zugunsten Oesterreichs auszuarbeiten hatte, hat der französischen, englischen, italienischen und deutschen Regierung mitgeteilt: Der Ausschuß müsse nunmehr die Auffassungen der genannten Regierungen erfahren und diese werden gebeten, dem Vorsitzenden ihre Stellungnahme so bald wie möglich mitzuteilen. Wie verlautet, hat die Aufforderung den Charakter einer dringlichen Mahnung. In dem Brief des Vorsitzenden sei ausdrücklich darauf hingewiesen worden, **daß Oesterreich zu einem Transfermoratorium schreiten werde, falls bis nächsten Donnerstag, den 23. Juni, eine Zustimmung der Regierungen zu dem vorliegenden Kreditplan nicht vorliege**

Rätselraten um Lausanne

Die erste Bilanz

Schnell, sehr schnell wurde in Lausanne eine Verhandlungspause eingelegt. Unter deutlichen Anzeichen allgemeiner Ratlosigkeit wurden die offiziellen Verhandlungen bis Dienstag unterbrochen. Die Stimmung, die bei der Verkündung des Zahlungsaufschubes vorübergehend aufflackerte, wurde schon wenige Stunden später „normal". Es ist kaum übertrieben, dabei von einer Ernüchterung zu sprechen. Nun zerbricht man sich den Kopf, was weiter werden soll.

Die Generaldebatte füllte den ersten Arbeitstag der Konferenz voll aus. Ihr Ergebnis muß als unbefriedigend bezeichnet werden. Sie hat nämlich ergeben, daß die beteiligten Länder entweder weniger oder nichts zugelernt haben. Der Präsident der Konferenz, Macdonald, hat zwar in seiner Eröffnungsansprache viel von der Notwendigkeit einer allgemeinen Verständigung auf der Basis der Einsicht in die entsetzliche Lage der Weltwirtschaft gesprochen, aber die einzelnen Redner blieben bei der alten Leier, wie man sie seit Jahren kennt. Man hat den deutschen Delegierten zum Vorwurf gemacht, daß sie alles von ihrem eigenen Standpunkte aus sehen und dabei vergessen, daß noch andere Nationen die Auswirkugen jeglicher Regelung, wie diese auch aussehen mag, zu spüren bekommen werden. Der französische Ministerpräsident Herriot hat sogar für sich in Anspruch genommen, nicht nur im Interesse Frankreichs, sondern zugleich im Interesse der ganzen Welt zu sprechen. Bei näherem Zusehen ergab sich jedoch, daß jeder Vorwurf gegenüber der Haltung der Deutschen am besten unterblieben wäre.

Die Rede Herriots war keineswegs die Rede eines „Weltstaatsmannes" — die war vielmehr von A bis Z die Rede eines Franzosen. Herriot klagte über die ungünstige finanzielle Lage seines Landes. Er berief sich energisch auf die Sicherheitsthese, wie dies ein Tardieu oder sogar ein Poincare nicht nachdrücklicher hätte tun können. Er verriet schließlich die Furcht Frankreichs vor dem deutschen Wettbewerb, obwohl zu dieser Furcht wahrlich keine Veranlassung gegeben ist.

War die Rede Herriots zwar unmißverständlich aber doch nicht nur in der Form, sondern auch im Inhalt einigermaßen zurückhaltend, so haben die Vertreter der kleineren Länder die Ausführungen des französischen Hauptdelegierten näher beleuchtet. Sie haben nämlich das ausgesprochen, was Herriot im Einzelnen zu sagen unterließ. Es waren vor allen Dingen die Vertreter Südslawiens und Rumäniens, die mit dem schweren Geschütz aufmarschierten. Der jugoslawische Ministerpräsident Marinkowitsch protestierte dagegen, daß einzelne Länder durch eine neue Reparationsregelung in eine unerträgliche Lage versetzt würden. Er legte dar, daß Jugoslawien auf seine Reparationsrate in Höhe von siebzig Millionen Mark nicht verzichten könne, ohne vor unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt zu werden. Der Vertreter Rumäniens führte aus, daß sein Land darauf bedacht sein müsse, daß ihm keine unerträglichen Lasten aufgebürdet würden. Vor dem Jugoslawen und Rumänen sprach der belgische Ministerpräsident Renkin, der Verwahrung dagegen einlegte, daß das Gewicht, das auf den Schultern gewisser Staaten (gemeint ist selbstverständlich Deutschland) liege, künftighin auf die Schulter anderer Staaten in ungerechter Weise übertragen werden soll.

Der Standpunkt der kleinen Länder, auf eine kurze Formel gebracht, lautet etwa: Wenn Deutschland außerstande ist, gewisse Leistungen zu vollbringen, so sind wiederum die anderen Länder außerstande, auf entsprechende Leistungen zu verzichten.

Außerordentlich bezeichnend ist die Haltung Englands in Lausanne. Chamberlain hat die Reparationsstreichung von zwei Vorbedingungen abhängig gemacht: erstens muß Amerika, zweitens müssen alle beteiligten europäischen Staaten damit einverstanden sein. Wie diese Vorbedingungen unter den heutigen Verhältnissen erfüllt werden können, ist nicht zu ersehen.

Die Konferenz ist, daran ist kein Zweifel möglich, in der Sackgasse. Das einzige, was erreicht wurde, ist ein Verzicht auf die Reparationsleistungen „bis auf weiteres". Sollte die Konferenz zu keiner endgültigen Einigung führen, so wird dieser Verzicht für ungewisse Zeit in Geltung bleiben. Praktisch braucht also Deutschland keine Reparationen zu zahlen. Die formelle Verpflichtung zu solchen Zahlungen bleibt aber bestehen. Sollte sich die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands bessern, dann ist Frankreich in der Lage, die Reparationsfrage erneut aufzurollen. Unter diesen Umständen kann die Gesundung der Weltwirtschaft nicht gewährleistet werden — und das ist ja der eigentliche Endzweck der Lausanner Konferenz. Nichts deutet darauf hin, daß er nach der Wiederaufnahme der Beratungen erreicht werden könnte. Aber vielleicht ist man zu pessimistisch . . .

Preußische Sparnotverordnung

Aber etliche Beanstandungen

Leipzig, 20. Juni. Im Verfassungsstreit der deutschnationalen Fraktion des Preußischen Landtags gegen das Land Preußen auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der preußischen Sparnotverordnung vom 12. September 1931 wurde die Entscheidung verkündet. Darnach werden folgende Vorschriften der Sparnotverordnung für verfassungswidrig erklärt:

1. Die Vorschrift über die Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen,
2. die Vorschrift über die Rückwirkung der Vorschrift betr. den Begriff des Dienstunfalls im Polizeibeamtengesetz,
3. die Vorschrift über Versetzung in ein anderes Amt, soweit sie die Pflicht zur Annahme eines Amtes von geringerem Range begründet,
4. die Vorschriften, soweit solche beim Inkrafttreten der Vorschriften bereits im Amte stehende Beamte berühren, deren Aufgabenkreis mit dem eines unmittelbaren Staatsbeamten nicht unmittelbar vergleichbar ist,
5. die Vorschrift, soweit sie Aenderungen der Bezüge oder der Einreihung bei Inkrafttreten der Vorschrift bereits im Dienst stehender Beamten zuläßt.

Die Anträge, auch die Bestimmungen des vierten Teils für Gemeinden und Gemeindeverbände in weiterem Umfange als im ersten Satz geschehen und die Vorschriften über die Begründung des Beamtenverhältnisses für verfassungswidrig zu erklären, werden zurückgewiesen.

*

Einkommen über 12000 Reichsmark sollen weggesteuert werden

Beschluß des Hauptausschusses des preußischen Landtages.

T.U. **Berlin**, 20. Juni. Der Hauptausschuß des preußischen Landtages hat am Montag abend einen kommunistischen Antrag angenommen, wonach das Staatsministerium ersucht wird, alle Einkommen, soweit sie 12 000 RM. im Jahr übersteigen, restlos wegzusteuern. Für den Antrag stimmten außer den Kommunisten die Sozialdemokraten, dagegen die Deutschnationalen; Nationalsozialisten und Zentrum enthielten sich der Stimme.

Die saarländischen Parteien

zur Rückgliederung des Saargebiets

Saarbrücken, 20. Juni. In der heutigen Sitzung des Landesrates gaben das Zentrum, die Deutschsaarländische Volkspartei und die Nationalsozialisten eine Protesterklärung gegen den Versuch gewisser französischer Kreise ab, **das Saargebiet als Reparationsobjekt zu betrachten.** Der Landesrat stellt demgegenüber ausdrücklich fest, nach dem Wortlaut des Saarstatuts habe die **Saarbevölkerung über ihre politische Zukunft selbst zu entscheiden, nach dem Willen der gesamten Bevölkerung dürfe die Lösung der Saarfrage nicht anders erfolgen, als daß das gesamte Saargebiet politisch und wirtschaftlich vorbehaltlos an das Deutsche Reich wieder angegliedert werde.** Wenn Frankreich nicht vorher seine Bereitwilligkeit zu einer solchen Lösung gebe, werde diese Lösung auf Grund des Ergebnisses der Volksabstimmung im Jahre 1935 erfolgen. Die Saarbevölkerung werde es unter keinen Umständen zulassen, daß ihr dieses bedingungslose Recht auf Selbstbestimmung in irgend einer Weise beeinträchtigt werde. Die Sozialdemokratische Partei gab ebenfalls zur Rückgliederung eine Erklärung ab, in der die restlose territoriale Rückgliederung an Preußen bezw. Bayern gefordert und gleichfalls **gegen die politischen und wirtschaftlichen Annektionsbestrebungen gewisser französischer Rechtskreise protestiert wird.**

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

38

„Wir wissen, Mister Frank, daß Sie lange Zeit über in Frankreich weilten, als Gast des Barons Larmois. Aber wir wissen nicht, ob Sie wirklich George Frank sind, der Petroleumkönig aus Neuyork. Oder ob sie nicht auch ein Verbrecher sind, unter einer Decke stecken mit jener Ellinor Grey ..."

Mit einem Wutschrei wollte sich George Frank auf den Beamten stürzen. Dessen Begleiter drangen auf ihn ein, hielten ihn fest. Das gab Frank die Besinnung zurück.

Er war plötzlich wieder der kühle, gelassene Geschäftsmann geworden, der Yankee, den nichts erschüttern konnte. Er zog seine Brieftasche aus dem Jackett, entnahm ihr einige Dokumente.

„Bitte, meine Herren, prüfen Sie selbst. Das da ist die Urkunde des französischen Staatsministers Marell, die Ueberlassung der staatlichen Steinkohlenwerke in Saint-Etienne an George Frank betreffend, versehen mit der Unterschrift des Ministers und mit der meinigen. Prüfen Sie auch diese meine amerikanischen Papiere. Wenden Sie sich an Baron Larmois oder auch an den Minister, mit dem ich selbst verhandelt habe. Selbstverständlich wird Ihnen auch der amerikanische Gesandte über mich Auskunft geben."

Eine Stille entstand nach diesen Worten. Die Beamten prüften eingehend die ihnen vorgelegten Papiere. Sie waren danach wie umgewandelt. Der Sprecher verbeugte sich vor George Frank.

„Verzeihen Sie unser scharfes Vorgehen, Mister Frank. Aber Dienst ist Dienst. Das Ganze ist eine unangenehme Affäre, mit der uns die englische Polizei beauftragt hat.

Es handelt sich, wie gesagt, um Ihren angeblichen Bruder John Frank. Dieser John Frank soll kein Mann sein, sondern eine Frau. Eine langgesuchte Verbrecherin, Ellinor Grey, die verdächtigt wird, Lady Wilson in London ermordet zu haben. Sie war seit der Tat spurlos verschwunden. Durch Zufall hat man nun ihre Spur entdeckt, in Montreux. Jetzt soll sie verhaftet werden."

George Frank hörte stumm auf das, was der Mann vor ihm berichtete. Die Gedanken gingen wie toll durch seinen Kopf. Alles Blut schoß ihm zum Herzen. John, sein lieber Junge, sollte eine Frau sein ... eine Mörderin?

„Unmöglich!"

„Wie meinen Sie, Mister Frank?"

„Ich kann das nicht glauben, was Sie da berichten."

„Wollen Sie mir einige Fragen beantworten, Mister Frank?"

„Selbstverständlich!"

„Wer ist dieser John Frank, der als Ihr Bruder bei Ihnen lebt?"

„Ich habe den jungen Menschen vor drei Jahren kennengelernt, auf der ‚Zeelandia', bei der Ueberfahrt von Amsterdam nach Neuyork. Dort nannte er sich John Murray. Ich hatte ihn gleich lieb gewonnen, weil er so jung war und so hilflos, und weil er meinem toten Bruder auffällig glich. Er war heimatlos, ich nahm ihn mit mir. Er wurde mein Bruder, lebte die ganze Zeit über bei mir."

„Können Sie sich des Datums erinnern, wann das Schiff Amsterdam verließ?"

„Warten Sie — es muß etwa der zehnte März gewesen sein."

„Am zehnten März — hm! Am vierten März wurde der Mord begangen ... Das könnte stimmen. Und haben Sie nie bemerkt, daß sich unter diesem jungen Manne eine Frau verbarg?"

„Nein! Wir schliefen getrennt. Und sonst war nichts zu sehen, was auf eine Frau schließen ließ. John war wohl schmal und zart; aber es laufen viele so schmächtige Jungens herum. Höchstens — eins macht mich jetzt stutzig: John war nicht zu bewegen, Schwimmbäder zu besuchen. Und wenn wir wirklich einmal ein Seebad besuchten, ließ er sich nur im Strandanzug sehen, nie im Badetrikot. Herr ..."

„... Doktor Dumont, Mister Frank."

„Mein Gott! Jetzt fällt mir Verschiedenes ein, was ich früher nicht beachtet habe. Ich weiß übrigens gar nicht, wo sich John aufhält. Er ist weggegangen, ohne mich zu benachrichtigen. Wenn Sie erlauben, werde ich mal unten anfragen."

Er telephonierte hinunter, zum Portier. Sein Gesicht verfärbte sich, während er die Antwort empfing. Man habe den jungen Herrn noch nicht gesehen.

George Frank sagte den Kriminalbeamten Bescheid.

Erregt sprang Doktor Dumont auf.

„Sie werden jetzt selbst nicht mehr zweifeln, Mister Frank, daß es sich um Ellinor Grey handelt. Daß sie uns kommen sah, sich verborgen hält. Entkommen kann sie uns nicht; alle Ausgänge des Hotels sind besetzt, niemand darf ohne Legitimation durch. Gestatten Sie uns, die Räume zu durchsuchen?"

„Bitte."

George ließ sich in einen Sessel fallen. Das Ungeheuerliche hatte ihn zu Boden geworfen. Er konnte es nicht fassen, wollte nichts glauben.

John war nicht mehr John — war eine Frau. Ein Blitzstrahl durchzuckte sein Hirn. Damals, auf dem Maskenball, hatte es sich für einen Augenblick enthüllt — damals, bei dem Kuß.

Herrgott! War er denn verrückt? Seit Jahren hatte er mit John zusammengelebt, hatte ihn als seinen Bruder betrachtet, diesen jungen Menschen, der eine junge Frau war und kein Mann. George Frank saß noch da und starrte vor sich hin, als die Beamten zurückkehrten.

„Mister Frank, wir haben alles gründlich durchsucht. Ellinor Grey ist hier nicht zu finden. Auch unter den Sachen Ihres angeblichen Bruders hat sich nichts gefunden, was die geringste Aufklärung geben könnte. Nun müssen wir sehen, wo und wie wir die Frau fassen können. Wann haben Sie Ihren Bruder zum letzten Male gesehen, Mister Frank?"

(Fortsetzung folgt.)